

Und es wird doch an der Bildung gespart

Stellungnahme des BAK Hessen zu den Einsparplänen des Hessischen Kultusministeriums im Bereich Lehrerbildung

Ende 2013 wird in Hessen ein neuer Landtag gewählt. Die Hessische Landesregierung wird dann als besonderen Erfolg präsentieren, dass die Schulen in Hessen zu 105 Prozent mit Lehrerinnen und Lehrern versorgt seien. Dabei wird sie geflissentlich nicht erwähnen, dass ein erheblicher Teil dieser 105 Prozent durch eine entsprechende Gestaltung der Statistik erreicht wird.

An einem durchschnittlich großen Gymnasium in Frankfurt am Main mit 1.000 Schülerinnen und Schülern und 100 Lehrkräften werden zwölf Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst (abgekürzt LiV, gemeint sind Referendarinnen/Referendare) ausgebildet. Da diese auch eigenverantworteten Unterricht erteilen, werden sie auf die Lehrerzuweisung angerechnet, und zwar mit $12 \times 6,4$ Wochenstunden = 76,8 WStd oder drei Lehrerstellen. D. h., etwa drei Prozent erbringen die Lehrer-Lehrlinge. Dabei ist egal, ob ihre Fächer dem tatsächlichen Bedarf der Schule entsprechen. Zum 1. August 2012 plant das Hessische Kultusministerium eine Erhöhung dieser Anrechnung auf $12 \times 8 = 96$ Wochenstunden, d. h. vier Lehrerstellen oder runde vier Prozent der Lehrerzuweisung. Dadurch soll die letzte Woche der Presse gegenüber verkündete Absenkung der Zahl der Stellen für LiV in 2012 von 5.350 um 1.000 auf 4.350 Stellen hinsichtlich der Lehrerzuweisung kompensiert werden. Clou ist dabei, dass diese 4.350 den Schulen so hoch angerechnet werden wie die vorherigen 5.350, die Statistik-Spielerei wird also zum 1. August 2012 vergrößert. D. h., die Schulen erhalten bei statistisch steigender Lehrerzuweisung de facto weniger Lehrkräfte.

Die Ankündigungen des Hessischen Kultusministeriums, dass es an der Bürokratie und nicht an der Bildung sparen wolle (z. B. Kultusministerin Henzler in der Hessenschau), erweisen sich als unzutreffend. Die hier geschilderten Vorhaben gehen zu Lasten der hessischen Schulen und damit zu Lasten der hessischen Schülerinnen und Schüler. Der Slogan ist zudem eine Verunglimpfung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser „Bürokratie“, und er könnte ein Hinweis darauf sein, dass eine Landesregierung, die seit 1999 in der zweiten (FDP) bzw. sogar dritten Legislaturperiode regiert (CDU), es nach eigener Ansicht in dieser Zeit nicht geschafft hat, aus einer „Bürokratie“ eine effiziente Verwaltung zu machen.



**Landesverband
Hessen**

24. September 2011

BAK
Bundesarbeitskreis
der Seminar- und
Fachleiter/innen e.V.

**Landesverband
Hessen**

Landessprecher:
Herbert Lauer
Tel.: 069 / 38989340
Fax: 069 / 38989395
E-Mail:
lauer@stsgym.f.shuttle.de
herbert.lauer@afl.hessen.de
privat
Danziger Allee 20
65239 Hochheim a.M.
Telefon: 06146 / 7535
Mobil: 0170 / 2150786
E-Mail:
lauer-hochheim@t-online.de

www.bak-online.de

Während das Hessische Kultusministerium noch für den Lehrerberuf wirbt (z. B. findet sich das Programm „Lehrer-Scouts“ noch auf der offiziellen Website www.kultusministerium.hessen.de), belässt es durch die Stellenstreichung gleichzeitig zum 1. November 2011 etwa 2.000 Absolventinnen und Absolventen der ersten Staatsprüfung für ein Lehramt ohne Einstellungsangebot. Tendenz in 2012: steil ansteigend. Einer großen Zahl von jungen Menschen werden zwischen der ersten Staatsprüfung und der Einstellung in den Vorbereitungsdienst Wartezeiten von bis zu 4 Jahren zugemutet werden, in denen sie zu jedem Einstellungstermin (1. Mai bzw. 1. November) für den Fall eines Einstellungsangebots bereitstehen müssen, um ihre durch Warten erworbenen Bonuspunkte nicht zu verlieren und sich nicht wieder ganz hinten anstellen zu müssen. D. h., sie können sich auch nicht anderweitig beruflich orientieren, sondern müssen sich mit Gelegenheitsjobs über Wasser halten.

„Es ist unglaublich, wie dieser Staat mit seinen jungen Menschen umgeht,“ so der Kommentar des Vorsitzenden des Hessischen Philologenverbandes, Dr. Knud Dittmann, in einer Presseerklärung vom 15. September 2011.

Das HKM argumentiert mit zurückgehenden Schülerzahlen. Diese werden bis 2020 um etwa 100.000 auf etwa 700.000 sinken, allerdings regional sehr unterschiedlich, in Frankfurt steigen sie sogar noch an. Man wird der Argumentation folgen müssen, was die Einstellung von Lehrkräften in den Landesdienst betrifft, nicht aber im Hinblick auf den Abschluss der Ausbildung. Die hessische Landesregierung hat sich bei der Novellierung des Hessischen Lehrerbildungsgesetzes im Juni 2011 für eine Beibehaltung der ersten Staatsprüfung entschieden, und sie steht damit bei den Bewerberinnen und Bewerbern in den Vorbereitungsdienst im Wort. Statt diese jungen Menschen zum Abwarten auf Abruf in prekären Arbeitsverhältnissen zu zwingen, ist es allemal besser, sie zügig fertig auszubilden – und dazu gehört zwingend die zweite Staatsprüfung – damit sie sich dann beruflich neu orientieren können und alsbald in Lohn und Brot kommen und Steuern zahlen. Dabei hat sich auch in der Vergangenheit – z. B. in den 1990er Jahren – die Wirtschaft an gut ausgebildeten jungen Lehrkräften durchaus interessiert gezeigt.

Nicht nur die betroffenen Lehramtsstudierenden, sondern eine breite Öffentlichkeit – angeführt von den Eltern der schulpflichtigen Kinder – wird nur schwer nachvollziehen können, warum eben noch für den Lehrerberuf geworben wurde und schon bald mehrere Tausend junge Menschen Halbjahr um Halbjahr auf eine Stelle im Vorbereitungsdienst warten.



**Landesverband
Hessen**

Nach einer langfristigen Planung sieht dies jedenfalls nicht aus. Dieser Eindruck verstärkt sich, wenn man die eigenen Zahlen des Hessischen Kultusministeriums zum Lehrerberuf 2011 - 2015 heranzieht.

Auf eine kleine Anfrage der Linken im Hessischen Landtag von Anfang 2011 bezifferte das HKM den Ersatzbedarf für diesen Zeitraum auf 11.480 (oder durchschnittlich 2.296 pro Jahr). Mit den geplanten 4.350 LiV-Stellen werden aber pro Jahr maximal 2.175 LiV mit der Ausbildung fertig, und das sind weniger als das Land Hessen selbst benötigt. Dabei ist zusätzlich zu berücksichtigen, dass nicht alle fertig Ausgebildeten dann auch auf eine Lehrerstelle eingestellt werden wollen oder können.

Kaum nachvollziehbar ist in diesem Zusammenhang, wenn zum 1. November 2011 Bewerberinnen und Bewerber mit Fächern, die von Schulen dringend gesucht werden – konkret z. B. Chemie – kein Einstellungsangebot erhalten. Gleichzeitig werden vermehrt aus anderen Berufen kommende Quereinsteiger in den Schuldienst eingestellt, deren Qualifizierung für den Lehrberuf sehr häufig nicht an die grundständig ausgebildeter Lehrkräfte heranreicht.

Parallel zur Absenkung der LiV-Stellen plant das HKM für 2012 die Verringerung der Zahl der hauptamtlichen Ausbilderinnen und Ausbilder vom 710 auf 560. Inwiefern hier eine längerfristige Planung vorliegt, bleibt im Dunkeln. Denn gleichzeitig beabsichtigen mehrere Fraktionen im Hessischen Landtag – darunter die Fraktionen der CDU und der GRÜNEN - eine zeitnahe Einführung eines Praxissemesters im Rahmen der Lehramtsstudien. Die Entscheidung darüber soll laut Presseberichten in 2012 fallen. Dieses Praxissemester soll – wie auch in anderen Bundesländern, z. B. Baden-Württemberg oder Rheinland-Pfalz - an den Schulen stattfinden und von den Universitäten unter Mitwirkung der dafür kompetenten Studienseminaren durchgeführt werden. Allerdings schafft man jetzt gerade jene Ausbilderinnen und Ausbilder ab, die diese Praktikantinnen und Praktikanten betreuen – zumindest aber deren Mentorinnen und Mentoren fortbilden und unterstützen - könnten.

Die „überflüssigen“ Ausbilderinnen und Ausbilder sollen in Funktionsstellen an Schulen überführt werden. Dabei stehen die Studienseminare im laufenden Jahrzehnt vor einer Pensionierungswelle. Viele so Umgesetzte werden gerade noch genügend Zeit haben, sich vor der Pensionierung in die neue Tätigkeit einzuarbeiten, und die betroffenen Schulen werden sich bedanken.



**Landesverband
Hessen**

Gespart werden soll auch an der Zahl der so genannten Ausbildungsbeauftragten. Das sind Lehrkräfte, die neben ihrem Unterricht an einer Schule im Studienseminar bei entsprechenden Bedarfslagen ausbilden helfen. War hierfür Anfang 2011 – angesichts von 4.800 auszubildenden LiV - noch ein Stellenumfang von 190 Lehrerstellen vorgesehen, so sinkt dieser für 2012 auf 50 Lehrerstellen. Dies wird dazu führen, dass an manchen Studienseminaren nicht mehr alle Fächer ausgebildet werden können. Dies hat wiederum zur Folge, dass Ausbildungsschulen dieser Studienseminare keine LiV mit diesen Fächern – z. B. Spanisch - erhalten können, obwohl sie diese dringend brauchen.

Um den Kapazitätsverlust an den Studienseminaren teilweise auszugleichen, wird versucht, die Arbeitszeit der hauptamtlichen Ausbilderinnen und Ausbilder zu erhöhen. Mit der in vielerlei Hinsicht – z. B. der Reduzierung der Zahl der bewerteten Module von zwölf auf acht - eigentlich sinnvollen Novellierung des Hessischen Lehrerbildungsgesetzes vom 10. Juni 2011 wurde der Vorbereitungsdienst von 24 auf 21 Monate – also um ein Achtel - verkürzt. Die Einsparungen, die den Studienseminaren für 2012 auferlegt werden, belaufen sich jedoch auf ein Viertel der Arbeitszeit. Das bedeutet – da alle anderen Ausbildungstätigkeiten wie z. B. der Umfang von Modulsitzungen und Unterrichtsbesuchen detailliert vorgeschrieben sind - eine Ausdünnung der individuellen Betreuung der Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst im Hinblick auf den von diesen zu haltenden eigenverantworteten Unterricht. Diese Beratungen – z. B. zur Gestaltung von Unterrichtsstunden und -reihen oder von Klassenarbeiten – kommen sehr wohl den Schülerinnen und Schülern zugute, ihre Einsparung ist also durchaus ein Sparen an den Schulen. Das Bemühen der Studienseminare, die Qualität des Unterrichts ihrer LiV zu sichern, wird so konterkariert.

Die Verkürzung des Vorbereitungsdienstes um drei Monate wurde von Frau Kultusministerin Henzler im Wesentlichen damit begründet, dass dadurch etwa 8 Millionen Euro im Jahr zur Verfügung stünden, um den die LiV im Schulalltag betreuenden Mentorinnen und Mentoren eine Anrechnungsstunde zu geben, was es zuletzt in den 1970er Jahren gegeben hatte. Die Verkürzung wurde gesetzlich verankert, aber von der „Mentorenstunde“ ist keine Rede mehr, die betroffenen Lehrkräfte gehen weiter leer aus.


Eine Alternative zu den Plänen des HKM wäre es, die Ergebnisse der ersten Runde der Schulinspektion durch das Institut für Qualitätsentwicklung hinsichtlich einer Weiterentwicklung der Unterrichtsqualität ernst zu nehmen und die von den

Studienseminaren in diesem Bereich aufgrund der Mittelknappheit zaghaft begonnenen Fortbildungsmaßnahmen (im Rahmen der HKM-Initiative „Bildungsstandards in Schule, Region und Land“) auszuweiten. So käme auch die von vielen Beteiligten als stockend empfundene Umsetzung der Bildungsstandards und der Kompetenzorientierung in den Schulen sichtbar voran.

Dass Einsparungen – auch und gerade angesichts der sinkenden Schülerzahlen und nach der breiten Zustimmung der hessischen Bevölkerung zur „Schuldenbremse“ - auch im Bereich des HKM unumgänglich sind, will der BAK Hessen nicht bestreiten. Schließlich kennt auch er die Berechnungen des HKM für den Ersatzbedarf an Lehrkräften für die Jahre 2016 bis 2020, die sich auf insgesamt nur noch 4.590 belaufen. Ungeachtet dessen hält er die jetzigen Pläne im Bereich der Lehrerausbildung für erheblich optimierbar.

Zudem wäre es ehrlicher, den Vorbereitungsdienst um weitere drei Monate zu verkürzen und die dadurch frei werdenden Mittel zur Binnenoptimierung zu verwenden, statt ihn unterfinanziert und damit suboptimal durchzuführen. Das mag zynisch klingen, aber ein Vorbereitungsdienst „light“ für ihre künftigen Lehrerinnen und Lehrer jedenfalls ist den Schülerinnen und Schülern dieses Landes am allerwenigsten zu wünschen.

Insgesamt bleiben aus Sicht des BAK Hessen viele Fragen offen.



Herbert Lauer
Landessprecher